

Von Pharaonen, Mammuts und Jubiläumstorten

An der 18. Museumsnacht gab es in 36 Institutionen vieles zu sehen – einige Eindrücke



Zurück in die Vergangenheit. Im Naturhistorischen Museum beeindruckten die ausgestellten Kreaturen aus der Urzeit – im Antikenmuseum konnte man sich schminken wie im alten Ägypten. Fotos Pino Covino



125-Jahr-Jubiläum. Unzählige Kunstinteressierte trotzten dem schlechten Wetter – und wünschten unter anderem dem Museum der Kulturen bei ulkiger Kulisse alles Gute zum Geburtstag.

Scharfe Kritik an Mieter-Initiative

Kommission sagt Nein zur Offenlegung des Vormietzinses

Von Urs Rist

Basel. «Mieterschutz beim Einzug» heisst eine Volksinitiative des Mieterinnen- und Mieterverbands Basel, die zu «bezahlbaren Neumieten» führen soll. Sie fordert, dass der neuen Mieterschaft der vorherige Mietzins auf einem offiziellen Formular bekannt gegeben wird, sofern der Leerwohnungsbestand unter 1,5 Prozent liegt (2017 lag er bei 0,5 Prozent). Der Regierungsrat empfiehlt, die Initiative mit der Empfehlung auf Annahme dem Volk vorzulegen, weil er sich eine präventive wie auch eine preisdämpfende Wirkung erhofft.

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) des Grossen Rats beantragt nun mit sieben gegen sechs Stimmen, die Initiative dem Volk zur Verwerfung zu empfehlen. Zur Mehrheit gehören die Mitglieder der SVP, FDP, LDP und CVP, zur Minderheit diejenigen der SP und des Grünen Bündnisses. Allein die Empfehlung hat zu getrennten Berichten geführt.

Die Mehrheit der JSSK kam zum Schluss, dass die Formularpflicht «keinerlei signifikante preisdämpfende Wirkung hat», heisst es im Bericht von David Jenny (FDP). Die Mieter könnten

auch bisher schon verlangen, dass ihnen der vorherige Mietzins mitgeteilt wird. Die zwingende Bekanntgabe des Vormietzinses führe aber dazu, dass eine Anhebung des Mietzinses «zu einem nicht kalkulierbaren Risiko für die Vermieterschaft werden kann». Wenn Vermietern zum Risiko werde und «keine relevante Rendite mehr zulässt», bestehe die Gefahr, dass Mietwohnungen vermehrt in Stockwerkeigentum umgewandelt würden, oder dass «kontinuierliche Mietzinsanpassungen» die Folge wären. Im Kanton Genf, der die Formularpflicht kennt, gebe es auch überdurchschnittlich hohe Mietzins-erhöhungen.

Insgesamt lehnt die Kommissionsmehrheit «einen weiteren Eingriff in die Vertrags- und Eigentumsfreiheit» zulasten von Vermietern und Hauseigentümern «vehement ab».

Transparenz schaffen

Dagegen hält die Minderheit fest, dass die Formularpflicht Transparenz schaffe, heisst es im Bericht von Tanja Soland (SP), Präsidentin der JSSK. Da die Pflicht einen «sehr geringen bürokratischen Aufwand» für die Vermieter ergebe, sei deren Einführung verhältnis-

mässig. Das Formular setze die Mieterinnen und Mietern davon in Kenntnis, dass sie den Mietzins anfechten können. Missbräuchlich sei dieser laut Bundesgericht, wenn er mehr als zehn Prozent über dem vorherigen Mietzins liegt. Eine Einigung sei vor der Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten möglich. Deren Leiter hegte bei der Befragung durch die JSSK allerdings Zweifel, ob die Formularpflicht den gewünschten Effekt bringen werde. Wenn in der Wohnung eine Veränderung vorgenommen werde, sei die Pflicht wirkungslos.

Markante Teuerung in Basel

Der Entscheid des Grossen Rats betrifft nur die Empfehlung an die Stimmberechtigten. Ein Antrag auf einen Gegenvorschlag wurde in der Kommission nicht gestellt. Somit wird die Initiative allein dem Volk vorgelegt.

Der Mieterverband verweist in einer Medienmitteilung auf die «markante Teuerung» im Kanton Basel-Stadt, die auch auf Mietpreise zurückzuführen sei. Der Index für Wohnen und Energie ist innert dem vergangenen Jahr von 102,0 auf 103,7 angestiegen. Der Mieterverband hofft deshalb auf ein Ja zur Initiative.

Die Herausforderin im Kampf um einen Sitz im Gemeinderat

Die Anwältin Katja Christ mischt die politische Bühne auf

Von Franziska Laur

Riehen. Die BaZ hat gestern die aussichtsreichsten Kandidaten für einen Riehener Gemeinderatssitz vorgestellt – ohne die Grünliberale Katja Christ. Dabei bewegt sich die 45-jährige Anwältin seit Jahren erfolgreich auf dem politischen Parkett. Seit sie 2014 in den Grossen Rat gewählt wurde, hat sie sich als Bildungspolitikerin einen Namen gemacht. Unverdrossen nimmt die Präsidentin der Grünliberalen Basel-Stadt seither die Auswüchse der Reformen des Schulsystems kritisch unter die Lupe, geisselt die verwirlichen neuen Lehrmittel im Frühsprachunterricht und setzt sich für eine Liberalisierung bei der Wahl des Unterrichtsmodells ein. Ihre Auftritte sind stets engagiert, jedoch souverän und unaufgeregt.

Bei der Wiederwahl musste die Grünliberale allerdings zittern, denn ihre Partei verlor bei den vergangenen Grossratswahlen einen Sitz und hat seither die Fraktionsstärke verloren. Dies scheint den kämpferischen Geist der Mutter von zwei Kindern nur noch mehr mobilisiert zu haben. Mit scharfen Vorstössen thematisiert sie im Parla-



Engagiert und souverän. Katja Christ von der GLP setzt Akzente in der Bildungspolitik. Foto Dominik Plüss

ment auch heikle Themen, nicht zuletzt auch im finanz- und umweltpolitischen Bereich. Beruflich ist sie heute als Advokatin und Partnerin bei Balex Advokatur & Notariat tätig.